

Tag der Wirtschaft

Freitag, 4. September 2009

Es gilt das gesprochene Wort

Präsidentiansprache

Gerold Bührer, Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren

Bereits am letztjährigen Tag der Wirtschaft war die deutliche weltwirtschaftliche Abkühlung manifest. Kaum jemand hätte jedoch vorherzusagen gewagt, dass die Welt nach einem mehrjährigen Aufschwung mit der grössten Herausforderung der Nachkriegszeit konfrontiert würde. Heute stehen wir zwar nicht mehr am Abgrund. Von Zuwachsraten im Bereich des Potenzialwachstums sind wir jedoch weit entfernt. Ungeachtet des glücklicherweise nachlassenden Drucks der rezessiven Kräfte und der Fortschritte bei der Stabilisierung des Finanzsystems bleibt eine erhebliche Verunsicherung. Und die negativen Prognosen für den Arbeitsmarkt belasten zunehmend auch den privaten Konsum. Die vielerorts erlassenen fiskalischen Stimulierungsprogramme werden zwar noch für einige Zeit Nachfrageimpulse auslösen, von denen auch unsere Exportwirtschaft profitiert. Die Frage nach dem Danach bleibt allerdings offen. Offen bleibt vor allem die zentrale Frage bezüglich der Umsetzung der Exit-Strategie nach der Aufblähung der Notenbankbilanzen und der staatlichen Budgets.

Die rekordhohe Vernichtung von Finanz- und Immobilienvermögen, die bedrohliche Verschuldungsspirale sowie Tiefstände bei der Kapazitätsauslastung sind weitere belastende Elemente. Auch die Schweiz mit ihrer global ausgerichteten Wirtschaft wird deshalb im kommenden Jahr besonders gefordert bleiben. Vor dem Hintergrund der teilweise massiven Einbrüche, vor allem in der exportorientierten Wirtschaft, müssen wir auch die Sorgen der Menschen um ihren Arbeitsplatz ernst nehmen.

Den Rückschlägen zum Trotz darf allerdings nicht vergessen werden, dass seit 2003 die Beschäftigung in der Schweiz um gut 300'000 auf 3,9 Millionen zugenommen hat. Um diesen Arbeitsplatzaufbau werden wir auch im internationalen Vergleich beneidet. Ein Leistungsausweis, der Ausdruck der vergleichsweise guten Wettbewerbsbedingungen sowie der unternehmerischen Konkurrenzfähigkeit ist. Die Zahlen machen deutlich, dass sich ein liberales, flexibles Arbeitsrecht für die Arbeitnehmenden auszahlt. Ja, trotz vieler Bedenken gibt es auch Zeichen der Zuversicht. Bei aller unternehmerischen Vorsicht dürfen Opportunitäten nicht in Vergessenheit geraten. Die Schweizer Wirtschaft hat die Kraft dazu – die KMU und die grossen Unternehmen.

Zweifellos hat die koordinierte, massive Liquiditätsunterstützung seitens der Zentralbanken einen wesentlichen Beitrag zur Beruhigung des Interbankenmarktes und des Finanzsystems insgesamt geleistet. Dies im Gegensatz zu den Dreissigerjahren. Der Schweizerischen Nationalbank gebührt in diesem Zusammenhang ein spezieller Dank. Sie hat in einer schwierigen Lage gute Bedingungen für die Schweizer Wirtschaft geschaffen. Dies gilt insbesondere für die Stabilität des Euro-Wechselkurses. Herrn Dr. Jean-Pierre Roth, treuer Gast unseres Anlasses, danke ich für sein grosses, erfolgreiches Engagement ganz besonders. Ich wünsche ihm in seinem wohlverdienten Ruhestand alles Gute.

Trotz der schwierigen Lage – man kann ohne Übertreibung von einem „annus horribilis“ für die Exportindustrie sprechen – stehen für *economiesuisse* weder milliardenschwere, traditionelle Konjunkturprogramme, noch andere direkte staatliche Engagements zur Debatte. Vor allem angesichts der starken Importpenetration, der massiven Exportabhängigkeit sowie der hohen Sparquote würden solche Programme auch in Zukunft die Erwartungen bei Weitem nicht erfüllen. Wozu wir Hand geboten haben, sind zeitlich befristete, gezielte Massnahmen zur Abfederung der Probleme auf dem Arbeitsmarkt. Konjunkturelle Milliardenpakete, welche nicht zuletzt nach politischer Opportunität ausgerichtet sind, haben sich aber immer wieder als Strohfeder entpuppt. Die Wachstumseffekte solcher Programme stehen in keinem Verhältnis zum resultierenden Verlust an finanzpolitischem Handlungsspielraum in der Zukunft. Ausgehend vom Konzept der Schuldenbremse muss gerade auch heute die Frage nach dem Übermorgen in der Finanzpolitik bestimmend sein.

Zahlreiche Länder werden als Folge von Mammutpaketen bald einmal einen Schuldenstand von über 100 Prozent des Bruttoinlandprodukts ausweisen. Die kommenden Zinsaufwendungen von vielerorts bis zu 20 Prozent der Staatseinnahmen sind für die Zukunft eine gefährliche Wachstumsfalle. Denn, ein steigender Zinsaufwand verbunden mit einem latenten Steuerdruck belastet sowohl die Investitionen als auch den Konsum und somit Arbeitsplätze. Auch in Rezessionen darf es nicht zu einer beliebigen Ausgabenspirale kommen. Vielmehr ist die Vermeidung oder zumindest Verschiebung von Steuererhöhungen, wie im Falle der Zusatzfinanzierung für die IV, vorzuziehen.

Zur IV-Zusatzfinanzierung möchte ich hinzufügen: Nachdem unsere Bedingungen erfüllt worden sind, war klar, dass wir zur Vorlage Ja sagen würden. Die Mehreinnahmen sind befristet, bis die fünfte und sechste Revision greifen. Der Tatbeweis der ausgabenseitigen Sanierung muss erbracht werden. Eine Verlängerung der Zusatzfinanzierung ist für uns nicht verhandelbar.

Rezessionen führen immer wieder dazu, dass selbst bewährte Rezepte infrage gestellt werden. Dies insbesondere dann, wenn politischer Druck von aussen aufgebaut wird. Nicht überraschenderweise ist im Zusammenhang mit der Krise um die UBS die Gefahr des Kleinstaates Schweiz mit ihren Grossbanken mit ins Zentrum der Diskussionen gerückt worden. Systemische Risiken bei Grossbanken mit Bilanzsummen eines Mehrfachen des Bruttoinlandprodukts dürfen sicherlich nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Insofern sind die eingeleiteten Schritte, um die Eigenmittel- und Liquiditätspuffer zu verstärken, zu begrüssen. Ebenso die seitens der Bankbehörden eingeleiteten Korrekturen zur Verminderung der Risiken sowie der Verkürzung der Bilanzen.

Ohne die systemischen Risiken herabmindern zu wollen, tun wir jedoch gut daran, den Blick auf die Fakten in einem längerfristigen Umfeld zu schärfen, anstatt das Kind mit dem Bade auszuschütten. Ohne die grossen multinationalen Unternehmen im Finanz- und Industriebereich würde der Wirtschaftsstandort Schweiz nicht mehr in der Spitzengruppe dieser Welt vertreten sein. Die Einbussen bezüglich Beschäftigung, Wohlstand und Lebensqualität wären drastisch.

Dazu nur so viel: Schweizer Konzerne mit grenzüberschreitenden Investitionen erarbeiten rund ein Drittel des Bruttoinlandprodukts. Diese Multis beschäftigen über eine Million Personen. Gemäss Schätzungen bezifferten sich die Gewinnsteuern allein dieser Multis vor dem jüngsten Konjunkturunbruch auf über 5 Milliarden Franken. Insgesamt kommen weniger als drei Prozent der juristischen Personen für über 90 Prozent der Erträge der direkten Bundessteuer auf. Allein die mobilen Holdinggesellschaften und Konzernzentralen beschäftigen mit den Zulieferbetrieben rund 200'000 Personen. Auch bei den privaten Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen sind die grossen multinationalen Schweizer Industrieunternehmen mit einem Anteil von 60 Prozent für den Wissensstandort Schweiz unverzichtbar. Von daher wird es bei der Beratung über das Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz auch darauf ankommen, dass die wissenschaftliche Exzellenz über regionalpolitische Ansprüche gestellt wird. Die bundesrätliche Vorlage muss daher in dieser Hinsicht überarbeitet werden.

Die Schlussfolgerung ist eindeutig: Die grossen multinationalen Unternehmen sind ein tragendes Element des Erfolgsmodells Schweiz. Im Zusammenspiel mit leistungsstarken KMU bilden sie einen unverzichtbaren Wachstumspfeiler. In einem auch in Zukunft harten Standortwettbewerb tun wir gut daran, die Bedingungen auch für die grossen Multis konkurrenzfähig zu gestalten. Sicher ist: Es bringt uns nicht weiter, Grosse gegen Kleine auszuspielen.

Ich bin überzeugt, mit einer langfristig ausgerichteten Wirtschaftspolitik, welche diesen Besonderheiten Rechnung trägt, kommt unser Land gestärkt aus der Krise heraus. Angesichts der wachsenden Steuerbelastung in verschiedenen Ländern ist zwar damit zu rechnen, dass der Druck auf die Schweiz in Zukunft anhalten wird. Die Notwendigkeit ist unbestritten, solchen Entwicklungen vorausschauend bei der Strategie Rechnung zu tragen. Unbestritten ist aber auch, dass man nicht ohne Not von grundsätzlichen Positionen wie jener der steuerlichen Souveränität abweichen darf. Mit Blick auf den Steuerstreit mit der Europäischen Union hat der Bundesrat zu Recht geltend gemacht, dass das Freihandelsabkommen von 1972 durch unsere Spezialregimes nicht verletzt werde. Ich appelliere daher an den Bundesrat, in dieser schwierigen Auseinandersetzung Kurs zu halten.

Eine unter Druck zustande gekommene Aufweichung der kantonalen Steuerhoheit würde nicht nur Nachteile im Standortwettbewerb zur Folge haben. Sie würde darüber hinaus politisch ein gefährliches Präjudiz schaffen. Es ist nämlich schlicht nicht akzeptabel, dass sich die EU in die Aufteilung des Steueraufkommens zwischen Bund und Kantonen einmischt. Sollte der Bundesrat dennoch in einem Teilbereich Entgegenkommen akzeptieren, dann wäre es aus unserer Sicht eine „conditio sine qua non“, dass mittels kompensierender Steuersenkungen die Konkurrenzfähigkeit des Unternehmensstandorts Schweiz zumindest gewährleistet bliebe. Spezialregimes gibt es bekanntlich auch in anderen EU-Staaten. Ein Verzicht darauf wäre angesichts des respektablen Anteils am Aufkommen der direkten Bundessteuer mit gravierenden Nachteilen verbunden.

Das Prinzip Wettbewerb muss auch bei den Steuern beibehalten werden. Es ist auch Ausdruck unserer föderativen Ordnung. Wie die Erfahrungen zeigen, sind die volkswirtschaftlichen Vorteile erheblich. Wettbewerb ist entgegen etatistischer Ansicht nicht schädlich. Schädlich sind vielmehr der Bau von Schutzwällen und ideologisch motivierte Gleichmacherei, um sich so Innovationen verweigern zu können. Mit Blick auf die anstehende Volksinitiative der SP zur Steuerharmonisierung tun wir gut daran, die positiven Zusammenhänge zwischen Steuerwettbewerb, finanzpolitischer Disziplin, attraktivem Steuerniveau und der sich daraus ergebenden Wachstumseffekte im Auge zu behalten.

Wettbewerb im Rahmen von Rechtsstaatlichkeit und Privateigentum hat sich als überlegene Ordnung erwiesen. Gerade die Schweiz als eine der globalisiertesten Volkswirtschaften profitiert davon. Die weltweite Öffnung der Märkte und niedrige Zölle haben dem Standort Schweiz nicht geschadet, sondern genützt. Das Bekenntnis zu offenen Märkten darf daher nicht zu einem Lippenbekenntnis ver-

kommen. Mit der Einführung des Cassis-de-Dijon-Prinzips werden die technischen Handelshemmnisse weiter abgebaut und somit der Wettbewerb intensiviert. Die Volkswirtschaft als Ganzes wird daraus Nutzen ziehen. Mit der Beseitigung der Inländerdiskriminierung wurde zu Recht ein Handicap aus dem Weg geräumt. Wir tun gut daran, dieses Mehr an Wettbewerb zuzulassen.

Zum Bilateralismus mit der EU und einem gezielten Ausbau im beidseitigen Interesse gibt es keine Alternative. Wir unterstützen daher die Bestrebungen für den Abschluss eines Agrarfreihandelsabkommens. Dieses gibt insbesondere unserer Nahrungsmittel verarbeitenden Industrie und innovativen Bauern neue Chancen. Ja, die Bilateralen mit der EU, Anstrengungen zur Deblockierung der Doha-Runde der WTO sowie Freihandelsabkommen mit aussereuropäischen Ländern müssen im Vordergrund unserer aussenwirtschaftspolitischen Aktivitäten bleiben.

Gerade die Schweiz muss den protektionistischen Tendenzen durch den Tatbeweis offener Märkte entschlossen entgegentreten. Die wachsende Anzahl von anbegehrten Schiedsverfahren innerhalb der WTO oder aber die Buy-at-home-Klauseln in Konjunkturprogrammen sind ein untrügerisches Zeichen dafür, dass einmal mehr in schwierigen Zeiten wettbewerbsbehindernde Kräfte Oberhand gewinnen könnten.

Wir haben alle die jüngst zustande gekommene aussergerichtliche Einigung im Steuerstreit zwischen der UBS und der amerikanischen Steuerbehörde mit Erleichterung zur Kenntnis genommen. Damit kann eine langwierige Belastung der schweizerisch-amerikanischen Beziehungen vermieden werden. Dies ist über den Finanzplatz hinaus von erheblicher Bedeutung. Bedeutend für das Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit unseres Landes ist vor allem der Umstand, dass diesmal der schweizerische Rechtsrahmen mit den entsprechenden Beschwerdemöglichkeiten eingehalten worden ist. Mit Blick auf die Geschäftsbeziehungen mit den USA ist die Rechtsunsicherheit allerdings eine bedauerliche Erschwernis. Wir danken dem Bundesrat und den beauftragten Unterhändlern für das Zustandekommen dieses Abkommens.

Die jüngsten Verwerfungen an den Finanzmärkten und die Krise um die UBS haben unmissverständlich klargemacht, wie schnell über das Ökonomische hinaus ein Reputationsschaden für die Schweiz insgesamt entstehen kann. Dieser Fall zeigt einmal mehr, wie stark insbesondere bei Grossunternehmen die Wechselwirkungen zwischen dem Unternehmerischen und dem Politischen sind.

Die befristete Hilfestellung des Staates bei der UBS hat gezeigt, wie heikel solche Engagements sind. Sofort haben Begehrlichkeiten und ein zusätzlicher Regulierungsdruck Oberhand gewonnen. Unsere Wirtschaft ist stark geworden dank ihrer Eigenverantwortung und dem respektvollen Umgang mit der unternehmerischen Freiheit. Dies soll auch in schwieriger gewordenen Zeiten so bleiben. Die Schweiz ist mit dieser Tugend gut gefahren. Sie hat sich dadurch insbesondere eine hohe unternehmerische Flexibilität gewahrt.

Ja, auch aus marktwirtschaftlicher Sicht ist ein rechtliches Regelwerk unabdingbar. Gerade die Beispiele aus den USA zeigen, dass über Regelwerke hinaus die ethischen Werte gelebt werden müssen. Zudem braucht es ausreichende Transparenz sowie eine funktionierende Corporate Governance. Auf dieser Basis gibt es keine Alternative zu einem liberalen, flexiblen Gesellschaftsrecht. Gerade für die Schweiz als Hort zahlreicher multinationaler Unternehmen, aber auch beweglicher KMU ist dies ein entscheidender Standortvorteil. In diesem Sinne ist mit der in der parlamentarischen Beratung stehenden Revision des Aktienrechts sicherzustellen, dass die Beweglichkeit der Unternehmen nicht durch ein enges Korsett eingeschnürt wird. Und im Rechnungslegungsteil ist insbesondere auf die KMU-Verträglichkeit zu achten.

Die Erfahrung lehrt, dass Freiheit und Wettbewerb unabdingbar sind, um langfristig Wachstum und Wohlfahrt zu generieren. Freiheit und Marktwirtschaft sind aber auf das Verständnis seitens der öffentlichen Meinung angewiesen und dürfen daher nicht mit Zügellosigkeit gleichgesetzt werden. Nur so lassen sich Urnengänge zugunsten dieser bewährten Ordnung gewinnen. Nebst der Politik bleibt daher auch die Wirtschaft gefordert. Sie ist Teil der Gesellschaft und darf daher die Brücke der Verständigung nicht ausser Acht lassen. Nur so kann das hohe Gut der wirtschaftlichen Freiheit auch in Zukunft gesichert werden. Was den internationalen Druck angeht, tut die Landesregierung gut daran, auf der ausserpolitischen Ebene den wirtschaftlichen Interessen gebührend Rechnung zu tragen. Gerade in einem schwierigen Umfeld ist ein geschlossenes Auftreten der Landesregierung unabdingbar. In der Öffentlichkeit ausgetragene Dissonanzen fügen der wirksamen Vertretung unserer nationalen Interessen Schaden zu und belasten darüber hinaus auch innenpolitisch das Vertrauen.

Krisen bieten auch Chancen. Dies gilt nicht nur für die chinesische Sprache, sondern auch in der Wirtschaft. Anstatt nur zu fragen, was wird diese schwere Rezession alles noch bringen, tun wir gut daran, uns darauf zu konzentrieren, was wir tun können, um am Ende des Tunnels gestärkt dazustehen. Das Fundament des Wirtschaftsstandorts Schweiz ist allen Schwierigkeiten zum Trotz im internationalen Vergleich nach wie vor gut. Die Welt um uns herum steht jedoch nicht still. Die Konkurrenz durch neue, kompetitive Standorte wird zunehmen. Wir können und werden dann erfolgreich bleiben, wenn wir im marktwirtschaftlichen Geist an unseren Trümpfen arbeiten, anstatt einem schlagzeilenträchtigen Aktivismus zu verfallen. Dazu braucht es alle, KMU und Grossunternehmen, die Sozialpartner und die Politik. Die Wirtschaft ist bereit, sich auch zukünftig dem globalen Wettbewerb zu stellen und den verantwortungsvollen Dialog im Interesse des Wirtschaftsstandorts Schweiz zu pflegen.